

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen**Beteiligung Bremens an der EU-Forschungsförderung**

Die EU hat für die Jahre 2002 bis 2006 das 6. Forschungsrahmenprogramm mit einem Volumen von 17,5 Mrd. Euro aufgelegt. Nach Ablauf von eineinhalb Jahren ist Gelegenheit, eine Zwischenbilanz zu bisherigem Verlauf und den Erfahrungen der bremischen Forschungseinrichtungen sowie den beteiligten klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) zu ziehen.

Außerdem ist es notwendig, diese Erfahrungen schon jetzt mit Blick auf das 7. Forschungsrahmenprogramm zu bündeln und auf mögliche Konsequenzen für künftige Antragsverfahren sowie die Sicherstellung bremischer Interessen zu untersuchen.

Dabei geht es vor allem darum, durch effektive und leicht zugängliche, transparente Strukturen die Initiierung von Projekten oder Beteiligung von FuE sowie KMU zu fördern. Die Einwerbung von EU-Forschungsmitteln und die Bereitstellung ausreichender bremischer Komplementärfinanzierungsmittel sichern in besonderem Maße sowohl die wissenschaftlich-technologische Wettbewerbsfähigkeit der FuE-Einrichtungen und der in den Kooperationsnetzwerken beteiligten Unternehmen als auch die Wachstums- und Beschäftigungschancen im Lande Bremen.

Der Senat wird aufgefordert,

1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Mai 2004 einen Bericht zuzuleiten, der Auskunft gibt über:
 - a) die Höhe der in den letzten Jahren durch bremische Forschungseinrichtungen und Hochschulen bei der EU eingeworbenen Mittel und der zur Verfügung gestellten Komplementärmittel;
 - b) die bisherigen Erfahrungen der bremischen Forschungseinrichtungen im 6. Forschungsrahmenprogramm sowie die institutionelle, organisatorische und politische Begleitung durch das Land Bremen;
 - c) die Erkenntnisse über den Umfang der Beteiligung von klein- und mittelständischen Unternehmen in den verschiedenen Kooperationsnetzwerken (Netzwerke der Exzellenz, integrierte Projekte) inkl. Nennung wesentlich beteiligter Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen und deren Erfahrungen bezüglich hinreichender Erfolgskriterien;
 - d) den Umfang und die Gründe abgelehnter Anträge und daraus resultierenden Folgerungen;
 - e) die geplanten Maßnahmen zur Sicherstellung von Bremer und Bremerhavener Interessen bei den Vorbereitungen, Planungen, Schwerpunkt- und Zielsetzungen für das 7. Forschungsrahmenprogramm sowohl auf EU-Ebene als auch im Lande Bremen.
2. der Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2004 ein Konzept vorzustellen, in dem die bremischen Informations- und Beratungsstrukturen zur EU-Forschungsförderung unter besonderer Berücksichtigung von Unterstützungsmöglichkeiten bei den Antragsverfahren und beim Projektmanagement dargestellt werden. Darin sollen

- die staatlichen Infrastrukturen,
 - die Kooperation mit geeigneten nationalen oder regionalen Informations- und Beratungseinrichtungen,
 - die Angebote von Beratungseinrichtungen aus der Privatwirtschaft,
 - Informations-, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen anderer deutscher Länder sowie
 - mögliche Zusammenarbeitsformen mit den unterstützenden Einrichtungen anderer Bundesländer (z. B. Niedersachsen)
- mit berücksichtigt werden.

Gerlinde Berk, Birgit Busch, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Jörg Jäger, Sibylle Winther, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen